

Stapelfeld:

Chinesen planen Neubau der MVA Stapelfeld

Der Abfallverwerter EEW Energy from Waste plant einen Neubau der Müllverbrennungsanlage Stapelfeld. Für rund 150 Millionen Euro soll die 38 Jahre alte Anlage ersetzt werden. Der Konzern wurde erst vor knapp zwei Jahren von der Beijing Enterprises Holdings Limited gekauft.

In Stapelfeld sollen auch in den kommenden Jahrzehnten jährlich bis zu 350.000 Tonnen Abfall verbrannt und damit Strom und Wärme für den Osten Hamburgs erzeugt werden, aber in einer neuen modernen und damit auch für die Strom- und Wärmeerzeugung effizienteren Anlage. Entsprechende Informationen bestätigte der Konzern den Lübecker Nachrichten auf Anfrage. Außerdem könnte in Stapelfeld künftig auch Klärschlamm verbrannt werden. Die Rede ist von einer Gesamtinvestition von rund 150 Millionen Euro.

„EEW befindet sich in einer frühen Phase der Voruntersuchungen für zwei den Standort Stapelfeld sichernde Investitionsvorhaben“, heißt es von dem Konzern, der in Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg in 37 Anlagen pro Jahr 4,5 Millionen Tonnen Müll verwertet. „Die Entwicklungen im regionalen Abfallmarkt, technologische Weiterentwicklungen und veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen lassen entsprechende Vorplanungen gemeinsam mit den Genehmigungsbehörden zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll erscheinen“, sagt der Technische Geschäftsführer der MVA Stapelfeld, Holger Heinig.

Derzeit würden Voruntersuchungen für einen „nach der bestverfügbaren Technik zu errichtenden Ersatzneubau für die seit 1979 bestehende thermische Abfallverwertungsanlage mit unveränderter Kapazität vorbereitet“. Für diese Untersuchung würden Anfang Dezember nach Absprache mit den kommunalen Behörden an verschiedenen Stellen Instrumente zur Messung der Luftqualität aufgestellt. Nach Vorliegen und einer Bewertung der Ergebnisse durch die Behörden plant EEW für voraussichtlich Anfang 2018 eine detaillierte Öffentlichkeitsinformation über das Vorhaben und die Voruntersuchungen. Sollten die Voruntersuchungen die Ersatzbau-Überlegungen bestätigen, könnte ein Bauantrag im Herbst 2018 eingereicht werden, heißt es.

In Stapelfeld wird unter anderem Hausmüll aus den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Segeberg sowie Sperrmüll aus Ostholstein verbrannt. Bis vor zwei Jahren hielten die beiden Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn jeweils Anteile um die elf Prozent, hatten diese je-

doch gegen eine jährliche Zahlung für 20 Jahre an EEW verliehen. Auf eine Rückübertragung verzichteten die beiden Kreise dann jedoch und sollen dafür jeweils gut eine Million Euro erhalten haben. Wenig später verkaufte der EEW Mehrheitseigner EQT, ein schwedischer Finanzinvestor, den Abfallverwertungskonzern nach China.

Im Lauenburgischen hatte es im Vorfeld einen Streit über den Wert der Anteile gegeben. Gegner eines Verzichtes, darunter SPD-Kreistagsfraktionschef Jens Meyer, argumentierten, dass sich mit den Anteilen künftig deutlich mehr Geld über eine Gewinnausschüttung verdienen ließe. Befürworter wie CDU-Kreisfraktionschef Norbert Brackmann warnten aufgrund des Alters der Anlage vor möglicherweise anstehenden hohen Investitionen, an denen sich der Kreis als Anteilseigner dann auch würde beteiligen müssen. Hinzu kam, dass es vor einigen Jahren Überkapazitäten im deutschen Müllverbrennungsbereich gegeben hatte und eine Auslastung der Anlage Stapelfeld nicht sichergestellt war. So hatte Hamburg erklärt, künftig keinen Hausmüll mehr nach Stapelfeld zu liefern.

Doch inzwischen hat sich die Situation grundlegend geändert. Die Müllverbrennungsanlagen in Deutschland gelten allein schon aufgrund des bundesweiten Abfallaufkommens als ausgelastet. Fast genau vor zwei Jahren nahm Hamburg die Müllverbrennungsanlage Stelling Moor vom Netz. Dort wurden im Jahr etwa 125.000 Tonnen Müll verbrannt, gut ein Drittel der Kapazität von Stapelfeld.

Neben der thermischen Verwertung von Haus- und Gewerbeabfällen will EEW in Stapelfeld noch ein weiteres Problem lösen: Die Verbrennung von Klärschlamm. Diese wird nicht nur aufgrund der neuen Düngeverordnung nötig, die von Landwirten eine genaue Dokumentation des Nährstoffeintrages auf ihre Äcker einfordert, sondern auch, weil im Klärschlamm Krankheitserreger und Schadstoffe wie Arzneimittelrückstände und Schwermetalle enthalten sind. Das alles darf ab 2018 nicht mehr auf Felder verteilt werden. Bundesweit geht es beim Klärschlamm um rund zwei Millionen Tonnen Trockengewicht.